Landeshauptstadt Hannover -67.01- Datum 20.11.2008

NIEDERSCHRIFT

22. Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz und Grünflächen
am Montag, 3. November 2008, Rathaus, Gobelinsaal

Beginn	15.00 Uhr
Ende	16.10 Uhr

Anwesend:

(verhindert waren)

Ratsherr Fischer	(CDU)	
Ratsherr Löser	(SPD)	
Ratsherr Bindert	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Ratsherr Dette	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Ratsherr Ebeling	(CDU)	
Ratsfrau Edenhuizen	(SPD)	
Beigeordneter Engelke	(FDP)	15.00 - 16.00 Uhr
(Ratsherr Meyburg)	(FDP)	
(Ratsherr Mineur)	(SPD)	
Ratsherr Müller	(SPD)	
Ratsherr Rodenberg	(SPD)	
Ratsherr Sommerkamp	(CDU)	

Beratende Mitglieder:
Bezirksratsherr Dipl.-Ing. Fischer
Bezirksratsherr Dr. Hahn
Herr Henke
Frau Rolff-Tiefensee
(Herr Siepe)
(Frau Dipl.-Ing. Unterricker)

Grundmandat:

Ratsherr Förste	(DIE LINKE.)
Ratsherr Nikoleit	(Hannoversche Linke)

Verwaltung:

Erster Stadtrat Mönninghoff	Wirtschafts- und Umweltdezernat
Frau Koebe	Wirtschafts- und Umweltdezernat
Herr Dr. Schlesier	Fachbereich Planen und Stadtentwicklung
Frau van Schwartzenberg	Fachbereich Umwelt und Stadtgrün
Herr Gerhardt	Fachbereich Umwelt und Stadtgrün
Herr Geiges	Fachbereich Umwelt und Stadtgrün
Herr Krämer	Fachbereich Umwelt und Stadtgrün
Herr Mädel	Fachbereich Umwelt und Stadtgrün

Tagesordnung:

I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

1. EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE

2. Genehmigung von Niederschriften

2.1. Genehmigung der Niederschrift über die 20. Sitzung am 01.09.2008

2.2. Genehmigung der Niederschrift über die 21. Sitzung am 06.10.2008

2.3. Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung mit dem Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 17.09.2008

3. Außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für die Umgestaltung der stark beschädigten EXPO- Parkanlagen "Gärten im Wandel" gem. § 89 NGO
(Drucks. Nr. 2575/2008 mit 1 Anlage)

4. Anpassung der Benutzungsgebühren für die Friedhöfe der Landeshauptstadt Hannover
(Drucks. Nr. 2576/2008 mit 2 Anlagen)

5. A N T R Ä G E

5.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Lärmschutzwand an der Bundesstraße B 3 - Bischofshol
(Drucks. Nr. 2029/2008)

5.2. Antrag der CDU-Fraktion zur Überarbeitung des „Bewertungsmodells für Eingriffe in Natur und Landschaft, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen – Hannover-Modell“ (kurz: EIBE)
(Drucks. Nr. 2199/2008)

5.2.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Überarbeitung des „Bewertungsmodells für Eingriffe
in Natur und Landschaft, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen – Hannover-Modell“
(kurz: EIBE)
(Drucks. Nr. 2199/2008 S1)

5.3. Antrag der CDU-Fraktion zur Unterstützung eines Altlastenfonds
(Drucks. Nr. 2201/2008)

5.4. Antrag der CDU-Fraktion zur Wiedereinrichtung einer Vorfahrtsstrecke für den Leistungssport auf dem Maschsee
(Drucks. Nr. 2234/2008)

5.5. Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis90/Die Grünen zur Fahrradstation Hauptbahnhof II
(Drucks. Nr. 2402/2008)

5.5.1. Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu Drucks. Nr. 2402/2008, Fahrradstation Hauptbahnhof II
(Drucks. Nr. 2596/2008)

5.6. Antrag der Gruppe Hannoversche Linke zur Einführung eines Altlastenpasses
(Drucks. Nr. 2331/2008)

5.6.1. Antrag Nr. 2331/2008 Hannoversche Linke im Rat der Landeshauptstadt Hannover Stellungnahme der Verwaltung
(Drucks. Nr. 2331/2008 S1)

6. B E B A U U N G S P L A N A N G E L E G E N H E I T E N

6.1. Vorhabenbezogener Bebauungsplan 1704 - Üstradepot Sutelstraße, Beschluss über Anregungen, Satzungsbeschluss
(Drucks. Nr. 2462/2008 mit 8 Anlagen)

6.2. Bebauungsplan Nr. 1709 -Roderbruchstraße Nord;
Einstellung des Bebauungsplanverfahrens
(Drucks. Nr. 2464/2008 mit 3 Anlagen)

7. B E R I C H T D E S D E Z E R N E N T E N

8. M I T T E I L U N G E N U N D A N F R A G E N

II. N I C H T Ö F F E N T L I C H E R T E I L

Ratsherr Fischer eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wurde mit folgenden Änderungen genehmigt:

TOP 2.2	abgesetzt
TOP 2.3	abgesetzt
TOP 4	auf Wunsch der CDU in die Fraktionen gezogen
TOP 5.1	auf Wunsch von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in die Fraktionen gezogen
TOP 5.2	Ziffer 1 wurde zurückgezogen
TOP 5.3	der Antragstext wurde geändert
TOP 5.4	formal behandelt
TOP 5.5	auf Wunsch der CDU in die Fraktionen gezogen
TOP 5.5.1	auf Wunsch der CDU in die Fraktionen gezogen

I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

TOP 1.
EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE

Ein **Einwohner** wies im Zusammenhang mit den radioaktiv belasteten Standorten in der List darauf hin, dass die Firma Riedel-de Haën während des Ersten und Zweiten Weltkrieges dort Flusssäure produziert habe. Die bei der Produktion entstehenden Gipsablagerungen wurden am Lister Damm aufgeschüttet. Sofern die Flusssäure für Kriegszwecke produziert wurde, trage die Bundesrepublik Deutschland die Kosten für die Beseitigung der Rüstungsaltlast.

Erster Stadtrat Mönninghoff erklärte, dass die Firma Riedel-de Haën seit dem Jahr 1904 nicht mehr in Hannover produzierte. Die Ablagerungen können daher nicht als Rüstungsaltlasten angesehen werden.

Der **Einwohner** wies ferner darauf hin, dass die im Bereich Lister Damm durch radiologische Messungen festgestellten Werte auf Dauer für die Menschen gesundheitsgefährdend seien. Dieses habe er in einem Bericht dem Umweltdezernat mitgeteilt.

Erster Stadtrat Mönninghoff erklärte, dass der eingereichte Bericht an die zuständige Region Hannover weitergeleitet wurde. Von dort erhalte der Einwohner eine direkte Antwort.

TOP 2.
Genehmigung von Niederschriften

TOP 2.1.
Genehmigung der Niederschrift über die 20. Sitzung am 01.09.2008
Genehmigt

TOP 2.2.
Genehmigung der Niederschrift über die 21. Sitzung am 06.10.2008
Abgesetzt

TOP 2.3.
Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung mit dem Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 17.09.2008
Abgesetzt

TOP 3.
Außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für die Umgestaltung der stark beschädigten EXPO- Parkanlagen "Gärten im Wandel" gem. § 89 NGO
(Drucks. Nr. 2575/2008 mit 1 Anlage)

Ratsherr Sommerkamp fragte, ob weitere EFRE-Mittel aus dem Projekt „Gartenregion 2009“ zur Verfügung stünden.

Frau van Schwartzenberg antwortete, dass UNION-BODEN aus diesem Projekt 50.000 Euro zur Verfügung gestellt wurden.

Beigeordneter Engelke fragte, warum die Mittel in Höhe von 50.000 Euro nicht in der Kostentabelle der Drucksache aufgeführt wurden.

Herr Geiges erklärte, dass die Fördermittel von UNION-BODEN parallel zu den laufenden Maßnahmen für zusätzliche Maßnahmen verwendet werden.

Beigeordneter Engelke fragte, für welche Maßnahmen die Fördermittel verwendet werden.

Herr Geiges erklärte, dass durch die Fördermittel beispielsweise Sanierungsarbeiten am Wegenetzsystem durchgeführt werden.

Beigeordneter Engelke fragte, ob die geplanten Rückbauten mit dem Projekt „Gärten im Wandel“ vereinbar seien.

Erster Stadtrat Mönninghoff antwortete, dass zur Kostenminimierung Elemente, die besonders pflege- und wartungsintensiv seien, teilweise zurückgebaut werden. Da insgesamt ein ausgewogener Kompromiss gefunden wurde, bleibe der Charakter des Gartens weiter erhalten.

Beigeordneter Engelke fragte, ob UNION-BODEN mehr Mittel als die bewilligten 50.000 Euro beantragt habe.

Erster Stadtrat Mönninghoff erklärte, dass 200.000 Euro beantragt wurden.

Einstimmig

TOP 4.
Anpassung der Benutzungsgebühren für die Friedhöfe der Landeshauptstadt Hannover
(Drucks. Nr. 2576/2008 mit 2 Anlagen)

Auf Wunsch der CDU in die Fraktionen gezogen

TOP 5.
A N T R Ä G E

TOP 5.1.
Antrag der CDU-Fraktion zur Lärmschutzwand an der Bundesstraße B 3 - Bischofshol (Drucks. Nr. 2029/2008)

Auf Wunsch der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in die Fraktionen gezogen

TOP 5.2.
Antrag der CDU-Fraktion zur Überarbeitung des „Bewertungsmodells für Eingriffe in Natur und Landschaft, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen – Hannover-Modell“ (kurz: EIBE)
(Drucks. Nr. 2199/2008)

Ratsherr Sommerkamp erklärte, dass Ziffer 1 des Antrages aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung zurückgezogen werde. Der restliche Antrag bleibe aufrechterhalten, da Schulhöfe und Spielplätze besonders für Ausgleichsflächen geeignet seien.

Beigeordneter Engelke betonte, dass die bisherige Regelung, Ausgleichsflächen in dem Stadtbezirk zu schaffen, wo der Eingriff stattfinde, in Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und den Stadtbezirksräten gut umgesetzt werde. Da der Antrag von der bisherigen Regelung abweichen wolle, werde die FDP dem Antrag nicht zustimmen. Des Weiteren führe die Forderung, jede Ausnahmeregelung durch einen Ratsbeschluss zu legitimieren, zu einem erheblich höheren Verwaltungsaufwand.

Ratsherr Dette wies darauf hin, dass es nicht sinnvoll sei, die Mehrzahl der Ausgleichsmaßnahmen auf Schulhöfen durchzuführen, da sichergestellt sein müsse, dass sich die Schülerinnen und Schüler weiterhin frei auf den Schulhöfen bewegen können, statt aufgrund von Ausgleichsmaßnahmen Einschränkungen zu unterliegen.

Ratsherr Sommerkamp erklärte, dass die jahrelange Erfahrung zeige, dass Ausgleichsmaßnahmen nicht in dem Umfang in den betroffenen Stadtbezirken durchgeführt wurden, wie es wünschenswert gewesen wäre. Am Antrag werde trotzdem festgehalten, um der Verwaltung aufzuzeigen, künftige Ausgleichsmaßnahmen verstärkt im betroffenen Stadtbezirk durchzuführen.

Ratsherr Müller wies darauf hin, dass aufgrund gesetzlicher Vorschriften die Ausgleichsmaßnahmen auch in anderen Stadtbezirken durchgeführt werden können. Daneben erfolgen Ausgleichsmaßnahmen nur auf Flächen, die sich im Eigentum der Landeshauptstadt Hannover befinden. Weiter erklärte er, dass über Ausgleichsmaßnahmen immer der Rat entscheide, da die Maßnahmen in der Regel im Rahmen eines Bebauungsplanes erfolgen.

Ziff. 1: Zurückgezogen
Ziff. 2: 3 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 5.2.1.
Antrag der CDU-Fraktion Überarbeitung des „Bewertungsmodells für Eingriffe in Natur und Landschaft, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen – Hannover-Modell“ (kurz: EIBE)
(Drucks. Nr. 2199/2008 S1)

Zur Kenntnis genommen

TOP 5.3.
Antrag der CDU-Fraktion zur Unterstützung eines Altlastenfonds
(Drucks. Nr. 2201/2008)

Ratsherr Sommerkamp trug den Antrag vor.

Ratsherr Müller und **Ratsherr Dette** schlugen vor, den Antragstext insoweit abzuändern, dass die Landesregierung aufgefordert werde, einen landesweiten Altlastenfond einzurichten.

Beigeordneter Engelke wies darauf hin, dass die damalige Landesregierung unter Gerhard Schröder es versäumt habe, einen freiwilligen Altlastenfonds einzurichten. Die derzeitige Landesregierung sehe zurzeit keine Veranlassung, solch einen Fond einzurichten.

Ratsherr Förste ergänzte, dass sich die jetzige Landesregierung für eine finanzielle Unterstützung durch eine Brachflächen- und Altlastenförderrichtlinie entschieden habe. Im Übrigen sei es erforderlich, dass die Verursacherhaftung eingeführt werde. Er wies darauf hin, dass bereits Anfang der neunziger Jahre ein Gutachten über Altlasten vorlag. Er fragte, warum zum damaligen Zeitpunkt nichts weiter unternommen wurde.

Erster Stadtrat Mönninghoff erklärte, dass im Rahmen des Spielplatzuntersuchungsprogramms eine historische Recherche durchgeführt wurde. Die Recherche habe ergeben, dass nicht ausgeschlossen sei, dass im Bereich der bis 1904 ansässigen Firma Riedel-de Haën der Boden belastet sei. Der Region Hannover wurde das Ergebnis der Recherche 2003 mitgeteilt.

Ratsherr Sommerkamp erklärte, dass Hannover vermutlich nicht die einzige Kommune in Niedersachsen sei, die Probleme mit Altlasten habe. Der Antrag sei daher politisch vernünftig.

Ratsherr Dette betonte, dass es sinnvoll sei, einen Altlastenfond einzurichten. Die Kommunalpolitik sollte daher die Landesregierung in der Meinungsbildung bestärken, einen solchen Fond einzurichten.

Erster Stadtrat Mönninghoff informierte darüber, dass zurzeit im Rahmen der Verursacherhaftung ein renommierter, auf Altlastenfälle spezialisierter Rechtsanwalt prüfe, ob der jetzige Eigentümer der damaligen Firma Riedel-de Haën auch der Gesamtrechtsnachfolger der Firma sei. Hierzu gebe es unterschiedliche Rechtsmeinungen.

Beigeordneter Engelke kritisierte, dass aus dem Fond sehr hohe finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden müssten, um die 2800 bekannten Altlasten in Hannover zu beseitigen. Sinnvoller sei es, nur Mittel zur Verfügung zu stellen, wenn die Altlasten tatsächlich eine Gefahr darstellten.

Ratsherr Förste ergänzte, dass der Altlastenfond nur in den Fällen eintrete, wo es keinen Rechtsnachfolger des Verursachers mehr gebe oder zu ermitteln sei.

Der Antragstext wurde vor Abstimmung wie folgt geändert: "Der Rat der Landeshauptstadt fordert die Niedersächsische Landesregierung auf, einen landesweiten Altlastenfonds einzurichten."

9 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 5.4.
Antrag der CDU-Fraktion zur Wiedereinrichtung einer Vorfahrtsstrecke für den Leistungssport auf dem Maschsee
(Drucks. Nr. 2234/2008)

Formal behandelt

TOP 5.5.
Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis90/Die Grünen zur Fahrradstation Hauptbahnhof II
(Drucks. Nr. 2402/2008)

Auf Wunsch der CDU in die Fraktionen gezogen

TOP 5.5.1.
Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu Drucks. Nr. 2402/2008, Fahrradstation Hauptbahnhof II
(Drucks. Nr. 2596/2008)

Auf Wunsch der CDU in die Fraktionen gezogen

TOP 5.6.
Antrag der Gruppe Hannoversche Linke zur Einführung eines Altlastenpasses
(Drucks. Nr. 2331/2008)

Ratsherr Nikoleit betonte, dass potenzielle Käufer eines Grundstücks durch den Altlastenpass über Altlasten informiert werden sollen.

Ratsherr Sommerkamp wies darauf hin, dass die Verwaltung in der Stellungnahme darlegte, dass ein Verdachtsflächenkataster bereits existiere. Des Weiteren gebe es keine gesetzliche Grundlage, einen solchen Altlastenpass einzuführen.

Ratsherr Müller schlug vor, einen Vertreter der Region Hannover einzuladen, um in einer Sitzung des Umweltausschusses über das Verdachtsflächenkataster zu informieren.

Erster Stadtrat Mönninghoff stimmte dem Vorschlag zu.

Ratsherr Dette fragte, ob dem schriftlich an den **Ersten Stadtrat Mönninghoff** gerichteten Vorschlag, die Notare darüber zu informieren, dass beim Abschluss von Grundstücksgeschäften auf das Verdachtsflächenkataster hinzuweisen sei, entsprochen wurde.

Erster Stadtrat Mönninghoff erklärte, dass der Brief an die dafür zuständige Region Hannover weitergeleitet wurde. Daneben wurden alle Ausschussmitglieder über das Verdachtsflächenkataster schriftlich informiert. Er wies darauf hin, dass Hannover im Bezug auf die systematische Erfassung von Altlasten eine Vorbildfunktion ausübe. Weiterer Handlungsbedarf bestehe nicht, da jeder Käufer eines Grundstücks die Möglichkeit habe, eigenständig eine Anfrage an das Verdachtsflächenkataster zu richten.

Ratsherr Nikoleit kritisierte, dass Käufer von Eigentumswohnungen aufgrund fehlender Informationen vermutlich nicht auf das Verdachtsflächenkataster zurückgreifen werden.

Ratsherr Müller betonte, dass jeder Käufer in der Pflicht stehe, sich eigenständig über eventuelle Altlasten zu informieren.

0 Stimmen dafür, 10 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 5.6.1.
Antrag Nr. 2331/2008 Hannoversche Linke im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Stellungnahme der Verwaltung
(Drucks. Nr. 2331/2008 S1)

Zur Kenntnis genommen

TOP 6.
B E B A U U N G S P L A N A N G E L E G E N H E I T E N

TOP 6.1.
Vorhabenbezogener Bebauungsplan 1704 - Üstradepot Sutelstraße,
Beschluss über Anregungen, Satzungsbeschluss
(Drucks. Nr. 2462/2008 mit 8 Anlagen)

Einstimmig

TOP 6.2.
Bebauungsplan Nr. 1709 -Roderbruchstraße Nord;
Einstellung des Bebauungsplanverfahrens
(Drucks. Nr. 2464/2008 mit 3 Anlagen)

Einstimmig

TOP 7.
B E R I C H T D E S D E Z E R N E N T E N

Erster Stadtrat Mönninghoff berichtete über den Stand der Klagen gegen die Umweltzone. Er sei zuversichtlich, dass die Klagen abgewiesen werden. Um die wirtschaftliche Existenz nicht zu gefährden, sei als Einzelfallentscheidung für eine in der Innenstadt befindliche Autoreparaturwerkstatt insoweit eine Ausnahmeregelung geschaffen worden, dass Kunden ohne gültige Plakette durch die Umweltzone zur Werkstatt fahren dürfen.

TOP 8.
M I T T E I L U N G E N U N D A N F R A G E N

Ratsherr Sommerkamp wies darauf hin, dass der voraussichtliche Termin der Umweltausschusssitzung am 05.10.2009 bereits in den Herbstferien liege.

Erster Stadtrat Mönninghoff erklärte, dass es unproblematisch sei, den Termin beizubehalten.

II. N I C H T Ö F F E N T L I C H E R T E I L

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Fischer beendete die Sitzung um 16.10 Uhr.

Mönninghoff	Mädel
Erster Stadtrat	Für die Niederschrift